

Hinweise zum Antrag auf Zulassung einer Berufsausübungsgesellschaft

I. Antragsstellung

Der Antrag auf Zulassung einer Berufsausübungsgesellschaft nebst Anlagen ist an die Rechtsanwaltskammer zu richten, in deren Bezirk die Berufsausübungsgesellschaft ihren Sitz hat, § 33 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BRAO. Es muss sich um eine anwaltliche Berufsausübungsgesellschaft handeln.

Der Zulassungsantrag soll unter Verwendung des vorgesehenen Formblattes gestellt werden. Beantworten Sie alle gestellten Fragen nach bestem Wissen und Gewissen vollständig. Reicht der vorgesehene Platz in den Formularen nicht aus, ergänzen Sie Ihre Angaben bitte auf einem Beiblatt.

Der Zulassungsantrag nebst Anlagen ist vollständig ausgefüllt und eigenhändig unterschrieben bzw. mit qualifizierter elektronischer Signatur von den vertretungsberechtigten Personen der Berufsausübungsgesellschaft in vertretungsberechtigter Anzahl an den Vorstand der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe, Reinhold-Frank-Straße 72, 76133 Karlsruhe, zu senden. Bei Versendung per beA senden Sie bitte die zusätzlichen Anlagen als separate Anlagen.

II. Einzelerläuterungen

1. Die Möglichkeiten von Rechtsanwälten, sich mit anderen freien Berufen zur gemeinschaftlichen Berufsausübung zu verbinden, wurden durch das „Gesetz zur Neuregelung des Berufsrechts der anwaltlichen und steuerberatenden Berufsausübungsgesellschaften sowie zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe“ (sog. „große“ BRAO-Reform) wesentlich erweitert und erleichtert. Es tritt am 01.08.2022 in Kraft. Neu eingeführt wird der Begriff der Berufsausübungsgesellschaft (§ 59b BRAO), die nach § 59f BRAO grundsätzlich der Zulassung durch die Rechtsanwaltskammer bedarf (kein Wahlrecht)

2. Eine Berufsausübungsgesellschaft ist jede Verbindung gemeinschaftlicher Berufsausübung, § 59c Abs. 1 S. 1 BRAO. Dafür ist erforderlich, dass die Verbindung zur gemeinschaftlichen Berufsausübung als solche nach außen tritt. Eine reine Innengesellschaft ist keine BAG. Bürogemeinschaften sind keine BAG, § 59q BRAO.

Keiner Zulassung bedürfen nach § 59f Abs. 1 Satz 2 BRAO lediglich Personengesellschaften, bei denen keine Beschränkung der Haftung der natürlichen Personen vorliegt (also z.B. die klassische Sozietät in Form einer GbR oder die Partnerschaftsgesellschaft ohne beschränkte Berufshaftung) und denen als Gesellschafter und als Mitglieder der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane ausschließlich Rechtsanwälte oder Angehörige eines bereits bisher sozietätsfähigen Berufs angehören (§ 59c Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BRAO). Diese Gesellschaften können die Zulassung jedoch gem. § 59f Abs. 1 Satz 3 BRAO freiwillig beantragen, etwa, weil sie ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach für die Gesellschaft wünschen.

Nur solche Berufsausübungsgesellschaften, bei denen Rechtsanwälte die Mehrheit der Stimmrechte innehaben und bei denen die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans Rechtsanwälte sind, dürfen die Bezeichnung „Rechtsanwaltsgesellschaft“ führen (§ 59p BRAO). Dabei ist die Bezeichnung „Rechtsanwaltsgesellschaft“ nicht wie bislang an die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung geknüpft, sondern steht Berufsausübungsgesellschaften gleich welcher Rechtsform offen.

3. Nach § 59b Abs. 2 BRAO können sich Berufsausübungsgesellschaften zur gemeinschaftlichen Berufsausübung nicht nur in der Form von Gesellschaften nach deutschem Recht organisieren, zulässige Rechtsformen sind auch Europäische Gesellschaften und Gesellschaften, die zulässig sind nach dem Recht a) eines Mitgliedsstaats der Europäischen Union oder b) eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum. Aufgrund der europäischen Niederlassungsfreiheit können daher nunmehr Gesellschaften mit Registersitz in einem anderen Mitglied- oder Vertragsstaat ihren Verwaltungssitz unter Wahrung ihres ausländischen Gesellschaftsstatuts in die Bundesrepublik Deutschland verlegen. Zur Wahl stehen dabei jedoch nur solche Gesellschaftsformen, die nach dem jeweiligen Gründungsstatut für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs beziehungsweise die Ausübung freier Berufe offenstehen.

3. § 59c Abs. 2 Satz 1 und 2 BRAO regelt die zulässigen Unternehmensgegenstände interprofessioneller Berufsausübungsgesellschaften. Berufsausübungsgesellschaften im Sinne der §§ 59b, 59c BRAO müssen jedenfalls immer auch auf die Beratung und Vertretung von Rechtsangelegenheiten gerichtet sein, denn nur dann handelt es

sich um eine Berufsausübungsgesellschaft, die der Ausübung des Berufs der darin verbundenen Rechtsanwälten dient.

§ 59c Abs. 2 Satz 2 BRAO stellt klar, dass interprofessionelle Berufsausübungsgesellschaften nicht nur darauf ausgerichtet sein müssen, Beratung und Vertretung in Rechtsangelegenheiten zu erbringen, sondern in ihnen auch Tätigkeiten ausgeübt werden können, die den Berufen der nichtanwaltlichen Gesellschafter zuzuordnen sind. Möglich bleiben Einschränkungen der Ausübung der nichtanwaltlichen Berufe in einer interprofessionellen Berufsausübungsgesellschaft durch das jeweilige Berufsrecht. Die Regelung des § 59c Abs. 2 Satz 2 BRAO lässt damit die bereits bislang geltende Rechtslage zur Berufsausübung von interprofessionellen Berufsausübungsgesellschaften unter Beteiligung von Rechtsanwälten unverändert. Die Erweiterung des Unternehmensgegenstandes um die Ausübung des jeweiligen anderen Berufs ist jedoch nicht zwingend. So kann etwa die Ausübung des sozietätsfähigen Berufs auf eine gutachterliche nicht beratende Tätigkeit beschränkt bleiben.

4. Berufsausübungsgesellschaften sind nach § 59n BRAO verpflichtet, eine eigene Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen und während der Dauer ihrer Betätigung aufrechtzuerhalten. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich um eine zugelassene oder nicht zugelassene Berufsausübungsgesellschaft handelt. Keinen Unterschied macht auch, ob die Gesellschaft haftungsbeschränkt ist oder nicht.

Die Rechtsanwaltskammer muss im Rahmen des Zulassungsverfahrens prüfen, ob die Berufsausübungsgesellschaft über einen ausreichenden Versicherungsschutz verfügt. Im Zulassungsantrag ist daher anzugeben:

Gesamtanzahl der Berufsträger i.S.v. § 59c Abs. 1 Satz 1 BRAO (hierzu zählen nicht nur alle sozietätsfähigen Berufe, sondern auch alle Formen der Tätigkeit, insb. auch angestellte Berufsträger), § 59o Abs. 2 BRAO.

Anzahl der Gesellschafter in der Berufsausübungsgesellschaft, § 59o Abs. 4 BRAO.

Anzahl der Geschäftsführer in der Berufsausübungsgesellschaft, die nicht Gesellschafter sind, § 59o Abs. 4 BRAO.

Bitte beachten Sie: Wird die Berufshaftpflichtversicherung nicht oder nicht in dem vorgeschriebenen Umfang unterhalten, so haften neben der Berufsausübungsgesellschaft die Gesellschafter und die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans persönlich in Höhe des fehlenden Versicherungsschutzes (§ 59n Abs. 3 BRAO).

5. Nach § 59g Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BRAO sind im Zulassungsantrag alle Geschäftsanschriften der Niederlassungen der Berufsausübungsgesellschaft anzugeben. Neben der Kanzlei anschrift sind daher auch alle weiteren Geschäftsanschriften aufzuführen. § 59m Abs. 2 BRAO verweist für Berufsausübungsgesellschaften auf § 27 Abs. 2 BRAO. Damit können Berufsausübungsgesellschaften an den weiteren Geschäftsanschriften Zweigstellen einrichten. Unter einer Zweigstelle versteht man im anwaltlichen Berufsrecht einen weiteren Standort, der an eine Hauptkanzlei angegliedert und von dieser abhängig ist. An die Zweigstelle werden die gleichen sachlichen, personellen und organisatorischen Mindestanforderungen nach § 27 BRAO, 5 BORA geknüpft wie an die Hauptkanzlei.

6. Die Zulassung einer Berufsausübungsgesellschaft kann nach § 59f Abs. 2 BRAO nur erteilt werden, wenn neben der Berufsausübungsgesellschaft auch die Gesellschafter und die Mitglieder der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane die Voraussetzungen der §§ 59b, 59c, des § 59d Absatz 5, der §§ 59i und 59j erfüllen. Nach § 59g BRAO kann die Entscheidung über den Antrag auf Zulassung einer Berufsausübungsgesellschaft ausgesetzt werden, wenn gegen einen Gesellschafter oder ein Mitglied eines Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans ein auf Rücknahme oder Widerruf seiner Zulassung oder Bestellung gerichtetes Verfahren betrieben wird oder ein vorläufiges Berufs- oder Vertretungsverbot erlassen worden ist.

Insbesondere muss die Rechtsanwaltskammer nach § 59c Abs. 1 S. 2 BRAO prüfen, ob in der Person eines Gesellschafters ein Grund vorliegt, der bei einem Rechtsanwalt nach § 7 BRAO zur Versagung der Zulassung führen würde. Dies gilt nach § 59j Abs. 2 BRAO auch für Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane.

Aus diesem Grund müssen neben den Angaben zu Name und Beruf von allen nichtanwaltlichen Gesellschaftern sowie Mitgliedern der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane sowohl ein Fragebogen zu den Voraussetzungen der §§ 59b, 59c, des § 59d Absatz 5, der §§ 59i und 59j als auch ein Personalbogen ausgefüllt werden.

Bei Angehörigen von Rechtsanwaltsberufen aus anderen Staaten, die nach dem EuRAG oder gemäß § 206 BRAO berechtigt wären, sich im Bundesgebiet zuzulassen, sind folgende Nachweise beizufügen:

- a) Nachweis über die Staatsangehörigkeit (begl. Kopie eines gültigen Identitätspapiers).
 - b) Bescheinigung der im Herkunftsstaat zuständigen Stelle über die Zugehörigkeit zum Rechtsanwaltsberuf in Form eines sog. „Certificate of Good Standing“.
7. Nach § 31 Abs. 1 BRAO führen die Rechtsanwaltskammern elektronische Verzeichnisse der in ihrem Bezirk zugelassenen Rechtsanwälte und der zugelassenen Berufsausübungsgesellschaften, deren Sitz sich in ihrem Bezirk befindet. In diese Verzeichnisse sind zu den Berufsausübungsgesellschaften sowohl die Gesellschafter als auch die Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane (einschließlich der vertretungsberechtigten Gesellschafter bei Personengesellschaften) mit Familiennamen, Vornamen und den in der Berufsausübungsgesellschaft ausgeübten Beruf einzutragen, § 31 Abs. 4 BRAO.

Bei Gesellschaften, die bereits in einem (anderen) Register registriert sind, müssen die Mitglieder der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane sowie die Gesellschafter keinen Identitätsnachweis vorlegen, sofern sich ihr Status aus dem Register ergibt. Bei nicht registrierten Gesellschaften hingegen müssen alle in die Verzeichnisse einzutragenden nichtanwaltlichen Personen einen Identitätsnachweis (Identifizierung durch Notar oder ähnliches) den Antragsunterlagen beilegen.

8. Für jede zugelassene Berufsausübungsgesellschaft wird verpflichtend ein beA eingerichtet (§ 31b BRAO). Zusätzlich können für im Gesamtverzeichnis eingetragene Zweigstellen fakultativ weitere Gesellschaftspostfächer beantragt werden, vgl. § 31b Abs. 4 BRAO.

Damit eine Kommunikation über das beA der Gesellschaft möglich ist, ist eine Erstregistrierung für das Kanzlei-Postfach erforderlich. Die beA-Postfächer werden von der Bundesrechtsanwaltskammer in Zusammenarbeit mit der Bundesnotarkammer organisiert. Sobald uns die SAFE-IDs für die Kanzlei-beAs vorliegen, werden wir Sie gesondert darüber informieren.

Hinweis: Das persönliche Postfach für den Rechtsanwalt bleibt zusätzlich erhalten.

9. Nach § 59i Abs. 1 Satz 1 BRAO können zugelassene Berufsausübungsgesellschaften Gesellschafter einer Berufsausübungsgesellschaft sein. Bei gesetzlichen Voraussetzungen, die in der Person der Gesellschafter oder der Mitglieder der Geschäftsführung erfüllt sein müssen, kommt es in den Fällen des Satzes 1 auf die Gesellschafter und die Geschäftsführung der beteiligten Berufsausübungsgesellschaft an. Haben sich Rechtsanwälte, Angehörige eines der in § 59c Absatz 1 Satz 1 BRAO genannten Berufe sowie Berufsausübungsgesellschaften, die die Voraussetzungen dieses Abschnitts erfüllen, zu einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts zusammengeschlossen, deren Zweck ausschließlich das Halten von Anteilen an einer zugelassenen Berufsausübungsgesellschaft ist, so werden ihnen die Anteile an der Berufsausübungsgesellschaft im Verhältnis ihrer Beteiligung an der Gesellschaft bürgerlichen Rechts zugerechnet.

Nach § 59i Abs. 2 bis 5 BRAO müssen folgende weitere Voraussetzungen erfüllt sein: Die Übertragung von Gesellschaftsanteilen muss an die Zustimmung der Gesellschafterversammlung gebunden sein. Bei Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien müssen die Aktien auf Namen lauten. Anteile an der Berufsausübungsgesellschaft dürfen nicht für Rechnung Dritter gehalten werden. Dritte dürfen nicht am Gewinn der Berufsausübungsgesellschaft beteiligt werden. Sofern Gesellschafter die Voraussetzungen des § 59c Absatz 1 nicht erfüllen, haben sie kein Stimmrecht. Gesellschafter können nur stimmberechtigte Gesellschafter zur Ausübung von Gesellschafterrechten bevollmächtigen.

10. Nach § 59g Abs. 2 BRAO kann die Entscheidung über den Antrag auf Zulassung der Berufsausübungsgesellschaft ausgesetzt werden, wenn gegen einen Gesellschafter oder ein Mitglied eines Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans ein auf Rücknahme oder Widerruf seiner Zulassung oder Bestellung gerichtetes Verfahren betrieben wird oder ein vorläufiges Berufs- oder Vertretungsverbot erlassen worden ist.